

Drei-Länder-Gipfel zum Wasserhaushalt in der Lausitz

In der Lausitz droht in den nächsten Jahren ein Wassermangel. Gründe dafür sind der Klimawandel und die Folgen des Braunkohleabbaus. Umstritten ist eine Überleitung aus der Elbe in die Spree.

EPD¹ Pressemeldung vom 17. Juni 2024

Sachsen, Brandenburg und Berlin wollen gemeinsam die Wasserversorgung der Lausitz sicherstellen. Das bekräftigten die Ministerpräsidenten von Sachsen und Brandenburg, Michael Kretschmer (CDU) und Dietmar Woidke (SPD), sowie der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner (CDU), am 14. Juni bei einem „Wasser-Gipfel“ in Berlin. Hintergrund ist unter anderem ein zu erwartender sinkender Pegelstand der Spree im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg bis 2038.

Die drei Länder-Chefs forderten die Bundesregierung auf, die nötigen wasserwirtschaftlichen Anpassungen finanziell abzusichern. In einer gemeinsamen Erklärung betonten sie: „150 Jahre Braunkohlenbergbau haben die Lausitz nachhaltig geprägt und den natürlichen Wasserhaushalt tiefgreifend beeinflusst.“ Eine Folge des Kohleausstiegs werde ein Wasserdefizit sein.

Kretschmer erklärte: „Die Hälfte des Wassers der Spree kommt derzeit aus den Tagebauen.“ Die Wassersicherheit für die Zeit nach dem Kohleausstieg sei eine Generationenaufgabe, die nur gemeinsam und mithilfe des Bundes gestemmt werden könne. Woidke sagte, verschiedene Möglichkeiten zur Wasserspeicherung oder zur Überleitung von Wasser in die Spree müssten zeitnah geprüft werden.

Berlins Regierender Bürgermeister Wegner erklärte, Trockenphasen und Hitzerekorde führten auch in Berlin zu einem grundlegenden Umdenken, „wie wir mit der lebenswichtigen Ressource Wasser umgehen“. Die Veränderungen in den Kohleabbaugebieten seien in Berlin vor allem an der Spree zu spüren. Deren Pegelstand hänge bislang stark von den Einleitungen aus den Tagebauregionen ab.

¹ Evangelischer Pressedienst - EPD

Sachsens Umweltminister Wolfram Günther (Grüne) betonte, die Lausitz sei eine Wassermangelregion und der Wasserhaushalt infolge des Bergbaus „schwerst gestört“. Es werde Generationen dauern und viele Milliarden Euro kosten, dies zu reparieren.

Nach Ende der Kohleförderung werden die sogenannten Sumpfingwasser aus den Tagebauen fehlen, die heute zwischen 50 und 80 Prozent des Wassers in der Spree ausmachen. Das verschärfe das Problem, sagte Günther. Zugleich kritisierte er, dass für die Lausitz noch immer keine ausreichenden Grundwasserdaten vorliegen würden.

Als Lösung für das Problem der Wasserknappheit in der Lausitz wird ein sogenannter Elbe-Überleiter in die Spree diskutiert, um Wasser aus dem einen Fluss in den anderen zu leiten. Günther sieht dies skeptisch. Es brauche eine Vielzahl von großen wie kleinen Maßnahmen. „Wir brauchen mehr Wasserrückhalt in der Fläche und das an vielen Orten“, sagte der Umweltminister.

Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Sachsen kritisierte einen möglichen Überleiter aus der Elbe in die Spree. Der sächsische BUND-Vorsitzende, Felix Ekardt, befürchtet, dass damit der Wassermangel entlang der Elbe verschärft würde.

Das Umweltnetzwerk Grüne Liga fordert eine Korrektur der Tagebaupläne, wenn künftig noch genug Wasser in Berlin ankommen soll. Es schlägt weniger künstliche Seen und einen früheren Kohleausstieg vor. Der Sprecher der Grünen Liga, René Schuster, forderte, dass Bergbauunternehmen an den Kosten für Wasserspeicher und Wasserüberleitungen beteiligt werden.